An den Vorsitz des
Finanz- und Personalausschusses
Herrn Brüntrup
- im Haus

Grüne Ratsfraktion Bielefeld

Lisa Brockerhoff
Fraktionsgeschäftsführung

Niederwall 25
33602 Bielefeld
Tel.: +49 521 51 2710

lisa.brockerhoff@gruene-bielefeld.de

Bielefeld, 8.11.2026

Sehr geehrter Herr Brüntrup,

zum nächsten Finanz- und Personalausschuss am 17.11.26 stellen wir folgenden Antrag:

Auswirkungen von Haushaltssperre und vorläufiger Haushaltsführung transparent machen

Beschlussvorschlag

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung informiert die zuständigen politischen Gremien frühzeitig, wenn aufgrund der Haushaltssperre, der Widerbesetzungssperre oder im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung kommunale Angebote nicht stattfinden können.

2. Zeichnet sich ab, dass Einschränkungen zu dauerhaften Veränderungen kommunaler Angebote oder Strukturen führen könnten, sind diese den zuständigen politischen Gremien rechtzeitig zur Beratung und, soweit erforderlich, zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Soweit die Einschränkungen über das laufende Haushaltsjahr hinausreichen, sind sie auch im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen transparent zu machen.

Begründung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt Bielefeld erfordert erhebliche Einsparungen. Die Haushaltssperre und die Wiederbesetzungssperre sind bewährte Instrumente, um kurzfristig Ausgaben zu begrenzen. Da der Haushalt 2027 voraussichtlich erst im Laufe des kommenden Jahres beschlossen wird, ist zudem mit einer längeren Phase der vorläufigen Haushaltsführung zu rechnen.

Für eine transparente Haushaltsbewirtschaftung ist es wichtig, diese Auswirkungen frühzeitig sichtbar zu machen und den politischen Gremien die Möglichkeit zu geben, über längerfristige Konsequenzen zu beraten und erforderliche Entscheidungen zu treffen.

Der Antrag stellt die Notwendigkeit von Einsparungen nicht infrage. Er soll sicherstellen, dass deren konkrete Folgen nachvollziehbar bleiben und nicht allein durch die die Beschränkungen der vorläufigen Haushaltsführung faktisch vorweggenommen werden. Dabei muss klar sein, das sollte ein Erhalt von Leistungen politische gewünscht sein kompensationen für die wegfallenden Einsparungen vorgeschlagen werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Romy Mamerow
Finanzpolitische Sprecherin Grüne Ratsfraktion